

Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am
11.11.2008
(Zu Tagesordnungspunkt 1 gemeinsame Sitzung
mit dem Rechnungsprüfungsausschuss)

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 18:00 Uhr

Anwesend:

Rechnungsprüfungsausschuss

CDU

Frau Petra Brinkmann
Herr Gerhard Henrichsmeier
Frau Elke Grünewald

SPD

Frau Brigitte Biermann
Herr Volker Brinkhoff
Herr Hans-Werner Plaßmann
Herr Horst Schaede

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Iris Ober
Herr Dieter Gutknecht

Bürgergemeinschaft für Bielefeld

Frau Dorothea Becker

Finanz- und Personalausschuss

CDU

Frau Petra Brinkmann
Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Rainer Lux
Herr Detlef Werner
Frau Elke Grünewald

SPD

Frau Brigitte Biermann
Herr Volker Brinkhoff
Herr Hans Hamann
Herr Hans-Werner Plaßmann
Herr Holm Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil

Herr Klaus Rees

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Bürgernähe

Herr Dr. Harald Wixforth

Von der Gemeindprüfungsanstalt NRW (zu TOP 1)

Frau Krüger

Herr Mölders

Herr Ruhe

Frau Ackermann

Herr Wiethoff

Frau Ewald

Herr Ahlbrand

Frau Höpker

Von der Bezirksregierung Detmold (zu TOP 1)

Herr Beckfeld

Herr Lembke

Herr Schneider

Von der Verwaltung

Herr Oberbürgermeister David (zu TOP 1)

Herr Stadtkämmerer Löseke

1. Beigeordneter Herr Dr. Pohle - Dezernat 2 (zu TOP 1)

Frau Ritschel - Dezernat 3 (zu TOP 1)

Herr Moss - Dezernat 4 (zu TOP 1)

Herr Kähler – Dezernat 5 (zu TOP 1)

Herr Knossalla – Rechnungsprüfungsamt (zu TOP 1)

Herr Grinblats – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Herr Stühmeier - Amt für Finanzen und Beteiligungen

Frau Wemhöner - Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Nicht anwesend:

Rechnungsprüfungsausschuss:

Frau Dorothea Brinkmann (CDU)

Herr Johannes Delius (BfB)

Herr Hans- Jürgen Kleimann (CDU)

Herr Dietrich Kögler (CDU)

Herr Lothar Pollmann (CDU)

Finanz- und Personalausschuss

Herr Detlef Helling (CDU)
Herr Otto Sauer (FDP)
Frau Karin Schrader (SPD)
Herr Rolf Schulze (BfB)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Brinkhoff eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass der Vorsitzende des Finanz- und Personalausschusses, Herr Lux, und er sich darauf verständigt hätten, dass er die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse leite.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1

Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die überörtliche Prüfung der Stadt Bielefeld in den Jahren 2007 bis 2008

Herr Brinkhoff eröffnet die Sitzung und begrüßt insbesondere die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW) und der Bezirksregierung Detmold. Frau Krüger stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GPA NRW vor und erläutert kurz den aktuellen Stand des Prüfverfahrens in den kreisfreien Städten. Sie erklärt, dass die Stadt Bielefeld eine der letzten kreisfreien Städte sei, in der die Schlusspräsentation durchgeführt werde. Zum Prüfungsziel führt sie aus, dass mit dem Bericht aufgezeigt werden solle, in welchen Bereichen finanzielle Verbesserungsmöglichkeiten bzw. Nachsteuerungsbedarfe gesehen werden. Das Ergebnis seien steuerungsrelevante Empfehlungen, die jedoch keine präjudizierende Wirkung entfalten würden. Anschließend erläutert Frau Krüger das angewandte Prüfverfahren sowie die Bewertung der Ergebnisse mittels eines Kommunalindex für Wirtschaftlichkeit (KIWI). Auf Nachfrage von Herrn Hamann erklärt sie, dass es sich bei dem anschließend vorgestellten Prüferbericht um einen mit den Dezernaten abgestimmten Stand handele.

Im Folgenden stellen die zuständigen Prüferinnen und Prüfer die Ergebnisse für die einzelnen Prüfbereiche vor. Herr Mölders berichtet zunächst zur allgemeinen finanzwirtschaftlichen und strukturellen Situation der Stadt Bielefeld. Danach gehört Bielefeld zu den Städten mit hoher bis mittlerer Arbeitsplatzzentralität, durchschnittlichen Deckungsmitteln und Kaufkraftstärken sowie mittleren SGB II- und Arbeitslosenquoten. Insgesamt werden Optimierungspotenziale bei den Realsteuern (Grundsteuer B) und den kostenrechnenden Einrichtungen gesehen. Zum Prüfbereich „Soziales“ führt er aus, dass hier die Hilfe zur Pflege als Aufgabenbereich mit Potenzial erkannt wurde. Der Zuschussbedarf je Leistungsbezieher bewege sich auf hohem Niveau und sei zudem außerhalb von Einrichtungen höher als innerhalb von Einrichtungen. Insgesamt sehe man in diesem Aufgabenfeld auf Basis der Werte aus den Jahren 2006/2007 ein Einsparpotenzial in Höhe von rd. 2,5 Mio. €. Herr Mölders führt weiter aus, dass im Prüfbereich „Jugend“ die Hilfen zur Erziehung sowie die Tagesbetreuung für Kinder betrachtet wurden. Obwohl bei den Hilfen zur Erziehung schon Konsolidierungserfolge durch eine wirtschaftlichere Aufgabenwahrnehmung erzielt werden konnten, sehe die GPA NRW noch weitere Potenziale in einem Umfang von 6,7 Mio. €. Erreichbar seien entsprechende Einsparungen u.a. durch konsequente Bevorzugung ambulanter Maßnahmen. Im Rahmen der Tagesbetreuung für Kinder sei in Bielefeld neben einer gut ausgeprägten Angebotsqualität eine große Trägerpluralität festzustellen, welche grundsätzlich auch positiv zu bewerten sei. Im Hinblick auf die finanzwirtschaftliche und strukturelle Situation der Stadt Bielefeld sei bei den Elternbeiträgen und der Tagespflege aber noch ein finanzielles Potenzial in Höhe von 3,0 Mio. € ausgemacht worden. Auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Rees erklärt Herr Mölders, dass die Einsparmöglichkeiten im Bereich der Hilfe zur Pflege den Nettoeffekt darstellen. Personalmehrbedarfe und notwendige investive Vorleistungen seien gegen gerechnet. Zum Aufgabenfeld des öffentlichen Gesundheitsdienstes führt Herr Ruhe aus, dass insbesondere bei der Förderung freier Träger Einsparpotenzia-

le gesehen werden. Durch eine Beteiligung der freien Träger am Konsolidierungsprozess sowie durch Reduzierung des Personalaufwandes könne langfristig eine Verbesserung in Höhe von 2,37 Mio. € erzielt werden. Frau Ackermann stellt anschließend die Ergebnisse im Bereich der Kultur und Erwachsenenbildung vor. Die Verhältnisse bei der Bibliothek seien geprägt durch einen niedrigen Buchbestand bei gleichzeitiger positiver Entwicklung bei den Entleihungen. Positiv sei auch zu bewerten, dass vier von den neun Standorten ehrenamtlich geführt würden. Insgesamt sei im Vergleich zu anderen Kommunen jedoch noch ein Potenzial von rd. 0,6 Mio. € erkennbar. Potenziale ergeben sich darüber hinaus bei der Musik- und Kunstschule sowie bei der VHS. Auf Nachfrage von Herrn Brinkhoff erklärt Frau Ackermann, dass eine vergleichende Betrachtung von Theatern sehr schwierig sei, da die Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich seien. Man habe sich daher zunächst auf die vorgestellten Bereiche konzentriert.

Herr Wiethoff hebt hervor, dass bei Betrachtung des Aufgabenfeldes „Gebäudewirtschaft“ auf die ausgezeichnete Datenbasis im Immobilienservicebetrieb zurückgegriffen werden konnte. Diese eigne sich auch sehr gut als Steuerungsinstrument. Auf Basis der Verhältnisse im Jahre 2006 ergeben sich aus Sicht der GPA NRW Potenziale bei den Reinigungsausgaben (2,7 Mio. €) durch verstärkte Fremdreinigung, bei den Hausmeisterdiensten (1,8 Mio. €), beim Flächenverbrauch in Verwaltungsgebäuden (1,3 Mio. €) sowie beim Flächenverbrauch in Schulen (6,2 Mio. €). Im Hinblick auf die Aussagen zur Fremdreinigung merkt Herr Rees kritisch an, dass sich die Situation nach Inkrafttreten des neuen TVöD geändert habe, da die Stadt inzwischen auf dessen Basis eigenes Reinigungspersonal einstelle. Außerdem frage er sich, ob berücksichtigt wurde, dass die Arbeitnehmer in Fremdreinigungsfirmen häufig im absoluten Niedriglohnsektor beschäftigt würden und auf zusätzliche Transferzahlungen angewiesen seien. Herr Wiethoff erklärt daraufhin, dass ggf. zu leistende Transferzahlungen nicht mit in die Betrachtung eingeflossen seien.

Im Prüfbereich „Infrastruktur“, so erläutert Frau Ewald, habe man die Aufgabenfelder Straßenunterhaltung, Straßenbeleuchtung und Grünflächenunterhaltung betrachtet. Fest zu halten sei, dass die Stadt Bielefeld im Vergleich zu anderen Städten sehr wenig für die Straßenunterhaltung ausbebe. Der Benchmark bei der Unterhaltung von Park- und Grünanlagen orientiere sich an einem sehr einfachen Standard, dem Bielefeld jedoch sehr nahe komme. Auf die Frage von Herrn Geil, inwieweit bei der vergleichenden Betrachtung topographische Besonderheiten berücksichtigt wurden, führt Frau Ewald aus, dass diese zwar hinterfragt, bei der Bewertung aber nicht weiter berücksichtigt wurden.

Herr Ahlbrand stellt im Folgenden die Prüfergebnisse im Bereich „Vermessung und Kataster“ vor. Hier seien schon seit Jahren sinkende Ausgaben und ein beachtlicher Stellenabbau zu beobachten. Bei angemessener Personalausstattung und fehlender Kostendeckung liege Bielefeld bei den Ausgaben für Vermessungsleistungen unter dem Mittelwert. Potenziale werden hier nicht gesehen. Dagegen könne im Aufgabenfeld „Kataster“ durch weitere Stelleneinsparungen noch ein Effekt von knapp 0,7 Mio. € erreicht werden.

Frau Höpker beschreibt dann die aus Sicht der GPA NRW möglichen Potenziale in der inneren Verwaltung. In den Bereichen Personalmana-

gement und Finanzen ergebe sich rechnerisch durch Personalreduzierungen ein Einsparpotenzial in Höhe von knapp 1,0 Mio. €.

Abschließend fasst Herr Mölders die Ergebnisse zusammen und stellt fest, dass im Rahmen der Prüfung bei der Stadt Bielefeld ein Gesamtpotenzial in Höhe von rd. 35,3 Mio. € ermittelt wurde. Aufgrund von Kostensteigerungen sei jedoch davon auszugehen, dass dieses Potenzial teilweise bereits aufgezehrt worden sei. Seines Erachtens seien die Bereiche Jugend und Gebäudewirtschaft Schwerpunkte in der Betrachtung. Hier seien auf jeden Fall Gestaltungsspielräume vorhanden. Zum Abschluss der Prüftätigkeit in Bielefeld danke er der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und wünsche viel Erfolg bei den weiteren Konsolidierungsbemühungen.

Herr Brinkhoff beendet die gemeinsame Sitzung von Rechnungsprüfungsausschuss und Finanz- und Personalausschuss um 17.30 Uhr. Die Präsentation der GPA NRW wurde den Ausschussmitgliedern nach Sitzungsende ausgehändigt.

-.-.-

Nach einer kurzen Unterbrechung setzt der Finanz- und Personalausschuss seine reguläre Sitzung um 17.35 Uhr fort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest. Er teilt mit, dass der Punkt 13 – Zukunft der Stadtbahn in Bielefeld – auf Vorschlag der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden solle. Die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses sind einverstanden.

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 47. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 23.09.2008**
Beratungsgrundlage: Niederschrift vom 23.09.2008

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 23.09.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Herr Löseke berichtet, dass das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen am 09.10.2008 einen überarbeiteten Runderlass zur Anwendung des NKF-Kennzahlensets NRW in Kraft gesetzt hat.

Das Kennzahlenset wurde vom Innenministerium in Zusammenarbeit mit den Kommunalaufsichten erarbeitet. Die dort aufgeführten Kennzahlen sollen ab 2009 von den Aufsichtsbehörden zur Prüfung und Bewertung der kommunalen Haushalte und der wirtschaftlichen Lage der Kommunen herangezogen werden.

Im Einzelnen sollen die Kennzahlen Informationen liefern zur

- Haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation (z.B. Aufwandsdeckungsgrad)
- Vermögenslage (z.B. Abschreibungsintensität)
- Finanzlage (z.B. Zinslastquote)
- Ertragslage (z.B. Steuerquote)

Der entsprechende Runderlass ist als **Anlage 2** dieser Niederschrift beigefügt.

Zu Punkt 4 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 5 Genehmigung des Dringlichkeitsbeschlusses Nr. 120 Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für den Umzug des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen ins Amerikahaus

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5840/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss genehmigt den zur Vorlage Drucksachen-Nr. 5819/2004-2009 (Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für den Umzug des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen ins Amerikahaus) gefassten Dringlichkeitsbeschluss Nr. 120 vom 11.09.2008.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

**Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) -
Zwischenbericht**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6019/2004-2009

Beschluss:

1. Der Zwischenbericht zur Einführung des NKF wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, dem Steuerungskonzept zuzustimmen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

**Finanzbericht nach dem Stand zum Ende des III. Quartals 2008 für
den kameralen Haushalt**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6033/2004-2009

Frau Schmidt erklärt, dass ihres Wissens vereinbart sei, mit im laufenden Jahr ersparten bzw. zusätzlich erhaltenen Haushaltsmitteln den vom ISB festgestellten Sanierungsstau insbesondere bei den Jugendhilfeeinrichtungen abzubauen. Herr Löseke weist darauf hin, dass es diesbezüglich keine entsprechende Beschlusslage gebe. Herr Rees führt aus, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit dieser Thematik bereits befasst habe. Ihm fehle zur Zeit aber ein aktueller Überblick über den Stand der Abarbeitung des Sanierungsstaus durch den ISB. Auf Vorschlag von Herrn Rees und Herrn Lux wird die Verwaltung gebeten, möglichst in der nächsten Sitzung zum Stand der Abarbeitung in Form einer Informationsvorlage zu berichten.

Auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Werner zum Finanzbericht des Dezernates 5 erklärt Herr Epp, dass die im Jugendamt anfallenden Mehrausgaben durch Verbesserungen im eigenen Bereich und im Sozialamt ausgeglichen werden können.

Der Finanzbericht nach dem Stand zum Ende des III. Quartals 2008 für den kameralen Haushalt wird zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 8

Nachbewilligung von Personalausgaben

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6081/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für die Personalausgaben in Höhe von 4.600.000 €

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für den Verlustausgleich der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester für die Wirtschaftsjahre 2006/2007 und 2007/2008 gem. § 83 GO NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5786/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, der überplanmäßigen Ausgabe von Haushaltsmitteln bei der Haushaltsstelle 1.3310.715000.5 in Höhe von 781.476,82 Euro sowie von 488.567,00 Euro bei der Haushaltsstelle 1.3310.715200.8 zuzustimmen.

Die Deckung erfolgt im Rahmen der Haushaltsausführung 2008 bei den allgemeinen Deckungsmitteln.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Sanierung Max-Planck-Gymnasium

- Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 1,2 Mio. Euro als Investitionskostenzuschuss an den ISB für das Haushaltsjahr 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5962/2004-2009

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 1,2 Mio. € bei der Finanzposition 2.2300.985000.3.006 – Investitionskostenzuschuss Max-Planck-Gymnasium - für das Haushaltsjahr 2008 wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in gleicher Höhe bei der Finanzposition 2.9010.361000.0.001- Investitionspauschale.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

Errichtung von gebundenen Ganztagschulen und Bau von Ganztagsbereichen an Gymnasien und Realschulen im Rahmen der Ganztagsoffensive des Landes NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5985/2004-2009 und 6086/2004-2009 (Nachtragsvorlage)

Die Beschlussfassung erfolgt auf Grundlage der Nachtragsvorlage (Drucksache 6086) und dem darin zitierten Beschluss des Schul- und Sportausschusses vom 28.10.2008.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der neuen Ganztagsoffensive des Landes NRW für die Jahre 2009 und 2010 und auf Basis der vorliegenden zustimmenden Schulkonferenzbeschlüsse die Umwandlung folgender städtischer Schulen in gebundene Ganztagschulen beim Land zu beantragen:**
 - Kuhloschule zum 01.08.2009
 - Gymnasium Heepen zum 01.08.2009
 - Max-Planck-Gymnasium (vorbehaltlich eines zustimmenden Schulkonferenzbeschlusses) zum 01.08.2010
 - Realschule Heepen zum 01.08.2010

- 2. Für den Fall, dass eine der Maßnahmen nach Ziff. 1 entfällt oder in Bielefeld mehr als die vorgesehenen vier Schulen in 2009 und 2010 in gebundene Ganztagschulen umgewandelt werden können, wird für die folgenden Schulen die Anmeldung zu der vom Land erbetenen „Reserveliste“ ermöglicht:**
 - Gertrud-Bäumer-Schule
 - Realschule Bethel
 - Öffentlich-Stiftisches Gymnasium Bethel

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land NRW einen Investitionskostenzuschuss zu den baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Über-Mittag-Versorgung bzw. für die Schaffung von Aufenthaltsräumen in Höhe von max. 100.000**

Euro je Schule für folgende städtische Schulen zu beantragen („1000-Schulen-Programm“ des Landes NRW):

- Kuhloschule
- Gymnasium Heepen
- Max-Planck-Gymnasium
- Gertrud-Bäumer-Schule
- Ceciliengymnasium
- Realschule Heepen
- Adolf-Reichwein-Schule im Schulzentrum Wintersheide (anteilig entsprechend der Anzahl der Halbtagschüler der ehem. Vennhofschule)

sowie für folgende zusätzliche Schulen

- Realschule Senne (Landeszuschuss voraussichtlich 60.000 €)
- Helmholtz-Gymnasium (Landeszuschuss voraussichtlich 90.000 €)
- Brackweder Realschule (Landeszuschuss voraussichtlich 100.000 €)

Die Reihenfolge der zusätzlich zu beantragenden Schulen ist als Prioritätenliste anzusehen. Die Deckung des städtischen Anteils von ca. 300.000 € muss durch Umschichtungen in der Bildungspauschale erfolgen.

4. **Die Finanzierung der kommunalen Eigenanteile an den Investitionskosten (mindestens in gleicher Höhe des Landeszuschusses) ist wie folgt vorzusehen:**
 - Gertrud-Bäumer-Schule: über die Finanzierung ist zu entscheiden, wenn die Maßnahme tatsächlich aus der Reserveliste in eine Realisierungsphase aufrückt.
 - alle weiteren Schulen gem. Ziff. 3: die Finanzierung der kommunalen Eigenanteile an den Investitionskosten erfolgt im Rahmen der bereits vorgesehenen Finanzplanungen insbesondere zur Umsetzung der Beschlüsse zu den Schulstandorten Heepen, Max-Planck-Gymnasium und Wintersheide und erfordert keine zusätzlichen Haushaltsmittel. Der Immobilienservicebetrieb wird beauftragt, die erforderlichen Ansätze bzw. Mittelumschichtungen in seinen Wirtschaftsplänen der Jahre 2009 ff. vorzusehen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12**Ziel- und Maßnahmenkonzept zur Förderung des Radverkehrs in Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5590/2004-2009

Frau Grau teilt mit, dass es im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss eine erweiterte Beschlussfassung zum Ziel- und Maßnahmenkonzept zur Förderung des Radverkehrs in Bielefeld gegeben habe und verteilt einen entsprechenden Protokollauszug. Anschließend stellt sie die einzelnen Beschlüsse inhaltlich kurz vor.

Herr Rees stellt fest, dass für weitergehende Maßnahmen keine Mittel bereit stehen würden. Ihm stelle sich die Frage, ob die Möglichkeit bestehe, die für die Straßensanierung gebildete Rückstellung verstärkt auch für die Radwege in Anspruch zu nehmen. Frau Grau erklärt, dass diese Rückstellung in erster Linie dem Erhalt der Straßensubstanz durch Instandsetzung der Straßendecken diene. Teilweise komme es darüber auch zu einer Einbeziehung der vorhandenen Radwege. Herr Werner führt aus, dass seines Erachtens der Beschlussfassung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses gefolgt werden sollte.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss gefassten Beschlüsse empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:

- 1. Es wird ein Fahrradwegkataster bzw. –verzeichnis erstellt, welches Aussagen trifft, insbesondere über die Länge und den Ausbauzustand von Radwegen und über deren Einordnung im Radwegenetz.**
- 2. Zur Finanzierung der geplanten Maßnahmen sollen zukünftig auch Mittel aus dem CO2-Minderungsfond zur Verfügung gestellt werden.**
- 3. Der Prüfauftrag für die Freigabe von Fußgängerzonen für den Radverkehr wird aus dem Maßnahmenkatalog (Seite 4) der Vorlage) herausgenommen.**
- 4. Das Zielkonzept Radverkehr wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Maßnahmen vorzubereiten und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Die für die Umsetzung der Maßnahmen in 2009 erforderlichen Mittel werden aus dem Budget von 660 gedeckt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Zukunft der Stadtbahn in Bielefeld - Vision 2030**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5795/2004-2009

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 14 **Nachbewilligung von über- und außerplanmäßigen Haushaltsmitteln gem. § 83 Abs. 1 GO NRW im Sozial- und Jugendhilfebereich**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5965/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu entscheiden:

Zur Sicherstellung der Finanzierung der gesetzlichen bzw. vertraglichen Verpflichtungen werden in den Bereichen

1. Personal- und Sachkostenerstattung an Arbeitsplus in Bielefeld GmbH (Haushaltsstelle 1.4050.673000.3)	715.630 €
2. Erstattung an die REGE mbH für Beschäftigungsmaßnahmen nach § 16a SGB II (Haushaltsstelle 1.4050.NEU)	300.000 €
3. Wirtschaftliche Jugendhilfe	2.962.000 €
und	
4. Institutionelle Förderung durch Leistungs- u. Finanzierungsvereinbarungen	396.287 €
davon	
a. für das Sozialamt	153.475 €
b. für das Jugendamt	242.812 €

mithin Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 4.373.917 € gem. § 83 GO NW außer- bzw. überplanmäßig nachbewilligt.

Die haushaltsstellengenaue Zuordnung der überplanmäßigen Ausgaben, d. h. die durch diese Nachbewilligung zu verändernden Ansätze gem. Ziffern 3 und 4 einschließlich der Deckungsmittel ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 3 und sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Auf der Grundlage der Auswertungen des Finanzberichtswesen zum III. Quartal und unter Berücksichtigung des Nachbewilligungsbetrages in Höhe von 3,1 Mio. € im Zusammenhang mit den Mehrausgaben durch die Umsetzung des KiBiz bzw. der Finanzierung der Mit-

tagsverpflegung für Kinder (siehe Drucksachen-Nr. 5700) erfolgt die Deckung dieser zeitlich und sachlich unabweisbaren Mehrausgaben budgetneutral durch Minderausgaben und bzw. Mehreinnahmen in gleicher Höhe der im Dezernat 5 bewirtschafteten Haushaltsstellen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15

Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)

Beratungsgrundlage: Anlage 1

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

- einstimmig beschlossen -

Bielefeld, 27.11.2008

Volker Brinkhoff
(Vorsitzender zu TOP 1)

Rainer Lux
(Vorsitzender ab TOP 2)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)